

DDR-Sozialismus« (173). Informativ die quellen- gestützte Hinweise auf die Berücksichtigung nationaler Aspekte in der Autobahnplanung beider deutscher Staaten. Hier wird detailliert belegt, dass in der Autobahnplanung nicht nur Vorstellungen von der nationalen Zukunft, sondern auch Gesellschaftsentwürfe sichtbar werden. Das gilt besonders für diese euphorische Planungsphase, als ein dichtes Autobahnnetz für die DDR vorgesehen war. Hier zeigten sich der sozialistische Planungsoptimismus der Politiker und die technokratischen Überzeugungen der Planer und Macher besonders nahe. Für beider »Wunschproduktionen« reichte dann die Wirtschaftskraft der DDR nicht aus. Der Motorisierungsgrad wuchs von Jahr zu Jahr – wohl langsamer als im Westen, doch damit stieg auch das Missverhältnis zwischen den Automobilen und der Qualität ihrer Straßen.

So ist für den Autobahnspezialisten nicht mehr viel Spannendes zu berichten. Zwar bieten die deutsch-deutschen Geschäfte mit den Transitwegen noch viel Stoff, in der Sache aber ging es vor allem um die Schwierigkeiten mit der Instandhaltung. Das neue

sozialpolitische Konzept band alle Mittel und Kräfte, magerte das Autobahnprogramm aus und beendete es schließlich. Hier werden zwei Jahrzehnte unter der Überschrift »vom gebremsten Leben in der Ära Honecker« bis zum »unerwarteten Ende« abgehandelt. Vielleicht ging hier der metaphorische Eifer des Autors zu weit, wenn von der faktisch »begrenzten Mobilität« auf ein Leben mit angezogener Handbremse geschlossen wird.

Das anschließende Schlusskapitel ist weniger ein Resümee des Ertrags als ein Schnelldurchlauf, der als Überblick gut geeignet ist. Der Apparat ist sorgfältig gearbeitet, üppig und anregend. Und es muss angemerkt werden: der »typische Autobahnenenthusiast«, der – wie Doßmann selbst vielfältig belegt – die Planung, den Bau und die Nutzung der Autobahnen vor allem als ein genuin technisches Problem und eine ingenieurtechnische Leistung sieht, kommt hier nur dann auf seine Kosten, wenn er Freude daran findet, über den Tellerrand seiner technischen Welt hinauszublicken.

Die Ostdeutschen und der neue Staat

Wolfgang Engler, Berlin

Frank den Hertog: Minderheit im eigenen Land? Zur gesellschaftlichen Position der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Realität (Campus Forschung; 869), Frankfurt a. M./New York: Campus 2004, 298 S., € 34,90.

Mit Frank den Hertog entwirft nicht zum ersten Mal ein »Außenstehender« seine theoretische Sicht auf den deutschen Einigungsprozess. Während seiner Doktorarbeit hat sich der gebürtige Niederländer »umfassend und tiefgreifend mit der Vergangenheit und Gegenwart der Deutschen« auseinandergesetzt (11), wobei der Fokus seines Interesses auf der Integration der Ostdeutschen in den neuen Gesamtstaat lag. Das Ergebnis seiner Untersuchung liegt nun als Buch vor.

Die These, die zu überprüfen es sich vornimmt, dreht sich um die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Ostdeutschen als »ethnoregionale Gruppe« begriffen werden können, d. h. als abgegrenzte soziale Einheit mit eigener Geschichte, spezifischen Wertorientierungen sowie politischen Bestrebungen, die »in direkter Opposition zu mindestens einem identifizierbaren »Anderen« stehen (39). Das dürften im gegebenen Fall »die Westdeutschen« sein.

Um hierzu Näheres zu ermitteln, differenziert den Hertog seine Ausgangsfrage dreifach: 1. Wie entwickelte sich die gesellschaftliche Position der Ostdeutschen nach 1989? 2. In welchem Umfang bildete sich in diesem Zeitraum eine ostdeutsche Identität

heraus? 3. Wie ausgeprägt ist die kollektive Loyalität der Ostdeutschen mit dem bundesrepublikanischen Gemeinwesen? (63). Im Weiteren verfolgt er diese Fragenkomplexe anhand von drei Dimensionen und bezogen auf zwei hauptsächliche Untersuchungsfelder. In der ersten Hinsicht unterscheidet er zwischen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Integration, in zweiter Hinsicht bestimmt er Berlin und Chemnitz zu aussagefähigen Vergleichsobjekten. Sei für die Hauptstadt eine hohe Durchmischung von Ost und West kennzeichnend, wickelten die Chemnitzer ihren sozialen Austausch weitgehend untereinander ab.

Diesen Voraussetzungen gemäß konzentriert sich der erste Hauptstrang der Darstellung auf die »Entwicklung der ›politischen Landschaft««. Der Autor rekapituliert Grundzüge der gemeinsamen Vorgeschichte von Ost- und Westdeutschen, um sich ausführlicher mit der politischen Geschichte der DDR und noch eingehender mit der Entwicklung seit dem 89er Umbruch zu befassen. Zur Sprache kommen die politische Beteiligung der Ostdeutschen am sozialen Umgestaltungsprozess, ihre politischen Präferenzen und ihr Wahlverhalten. Das alles geschieht sachlich konzentriert und methodisch seriös, ist auf verlässliches Material gestützt, nur eben in der Aussage nicht neu. Dass die in den alten Bundesländern Geborenen die Schlüsselpositionen des gesellschaftlichen Umbaus im Osten innehatten und noch innehaben, von der Bundesebene bis hinunter zu lokalen Machpositionen, war aus anderen Untersuchungen hinreichend bekannt. Und dasselbe gilt für die Konsequenzen dieses vertrauten Befundes, für den Rückzug vieler Ostdeutscher aus der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen sowie für die durchschnittlich geringere Identifizierung der Ostdeutschen mit dem politischen System der Bundesrepublik (142–145). Dass den Hertog die bislang umfassendste Untersuchung zu diesem Problemkreis mit keinem Wort erwähnt (Alexander Thumfart, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt a. M. 2002) kennzeichnet hinlänglich den Mangel an Gehalt.

Der zweite Hauptkomplex des Buches widmet sich in etwas redundanter Formulierung der »Einführung eines marktwirtschaftlichen Arbeitsmarktes« und gehorcht derselben Gliederung wie der vorige: DDR-Geschichte, Wendeprozess, Transformation der

Wirtschaft, der Eigentums- und Arbeitsverhältnisse unter maßgeblicher Einflussnahme der Treuhand. Den Hertog zeichnet in groben Zügen die vergeblichen Versuche der politisch Verantwortlichen nach, der Massenarbeitslosigkeit im Osten Deutschlands Herr zu werden, gelangt aber auch in diesem Zusammenhang kaum über Gemeinplätze hinaus: »Dennoch sind es nicht nur die Beteiligungschancen auf dem lokalen Arbeitsmarkt, die sich unterscheiden, generell wirken sich auch die Arbeitsmarktbedingungen ... zu Ungunsten der Ostdeutschen aus.« (204). Das wusste man bereits seit langem, und so löblich es auch ist, sich in der Formulierung Zurückhaltung aufzuerlegen: der weiträumigen Deindustrialisierung Ostdeutschlands, ihren verheerenden Konsequenzen für das Selbstwertgefühl und die politisch-soziale Partizipation der dort lebenden Menschen wird man mit solch blässlichen Feststellungen nicht gerecht.

Die bei weitem interessantesten Beobachtungen gelingen den Hertog bei der Analyse der kulturellen Integration der Ostdeutschen. Er konzentriert sich dabei ganz auf die »Transformation der Schulbildung« (207) und profitiert bei deren Nachvollzug erstmals von seinem Vergleich zwischen Berlin und Chemnitz bzw. Sachsen. Zwar übernahm auch das sächsische Schulsystem wesentliche Maßgaben aus dem Westen; im Unterschied zu Berlin knüpfte es aber an ostdeutsche Voraussetzungen an, behielt es die Kopfnote auf dem Zeugnis ebenso bei wie den Frontalunterricht und das Abitur nach dem zwölften Schuljahr (268). Alles in allem genommen, handelte sich um eine *Synthese* ost- und westdeutscher Einflüsse, und nur daraus können, wie der Verfasser richtig sieht, zwanglose Identifizierungen mit dem neuen Staatswesen erwachsen. Die Ausnahme unterstreicht den Normalfall rechtlicher und institutioneller »Gleichschaltung« und verdeutlicht das entscheidende Manko des deutsch-deutschen Prozesses seit 1990; dessen einbahnstraßenartigen Verlauf von West nach Ost, der gesamtdeutschen Gemeinsinn allenfalls in wenigen Enklaven ausgewogenerer Verläufe sprießen ließ.

So vorsichtig den Hertog ansonsten argumentiert: in der Auswertung und Verallgemeinerung seines Schulbeispiels geht er recht kühn zu Werke. Die Föderalisierung nach sächsischem Muster (eine eigensinnige Auslegung westdeutscher Vorgaben) interpretiert

er als kräftigen Dämpfer für die ostdeutsche Identität, die er seit der Bundestagswahl vom September 2002 im Schwinden begriffen sieht. Speziell die Verluste der PDS betrachtet er als »Indiz für eine langsame Abnahme der ethnoregionalen, ostdeutschen Identität in der Politik« (274). Die einzelnen ostdeutschen Bundesländer seien die erwartbaren Erben der noch immer auf Ostdeutschland gerichteten Identifizierungen – mit dieser Aussicht schließt das Buch.

Sie hat das Erscheinungsdatum der Publikation nur um wenige Wochen überstanden. Seit dem Sommer 2004 kann von einer weitergehenden Föderalisierung und Regionalisierung des ostdeutschen Gemeinsinns ernstlich keine Rede sein. Die offizielle Preisgabe

Ostdeutschlands als eines in seiner gesamten Fläche wirtschaftlich zu entwickelnden Gebiets, die erneute Oberhoheit westdeutschen Verwaltungspersonals bei der Abwicklung der jüngsten Arbeitsmarktgesetze in den Neuen Ländern und zuletzt die höchstamtliche Infragestellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West als Zielmarke politischen Handelns »erinnerten« die Ostdeutschen gebieterisch an fundamentale Gemeinsamkeiten, an sich *als Ostdeutsche*. – Ob ein Werk eine Komödie oder eine Tragödie wird, hängt davon ab, wann man die Kamera abschaltet, hat Orson Welles einmal gesagt. Lässt man sich darauf ein, dann hat Frank den Hertog die letzten Bilder seiner »Kamera« mit dem »ganzen Film« verwechselt. Die nächste Rolle ist schon eingelegt.

PDS und Extremismus

Steffen Schoon, Rostock

Jürgen P. Lang: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung (Extremismus und Demokratie; 7), Baden-Baden: Nomos 2003, 196 S., € 29,-.

Viola Neu: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus (Extremismus und Demokratie; 9), Baden-Baden: Nomos 2004, 289 S.; € 35,-.

Keine Partei war in den 1990er Jahren wohl so oft Gegenstand politikwissenschaftlicher Untersuchungen wie die PDS. In der Frage ihrer Charakterisierung und des daraus resultierenden Umgangs mit der Partei gingen die Meinungen und Deutungen schon frühzeitig auseinander. Jürgen P. Lang und Viola Neu gehörten dabei zum Lager derjenigen, die äußerst skeptisch auf den demokratischen Wandlungsprozess der PDS blickten. Die Autoren sind auch in ihren Chemnitzer Dissertationen dieser Forschungslinie treu geblieben. Im Zentrum beider Arbeiten steht daher – bei unterschiedlicher Gewichtung – die Frage, inwieweit die PDS als »normale« demokratische Partei angesehen

werden kann oder ob sie als eine (links-)extremistische Organisation zu charakterisieren ist, die in grundsätzlicher Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat steht.

Lang betritt bei der Beantwortung dieser Frage untersuchungstechnisches Neuland und bietet in seiner Studie erstmalig ein in sich stabiles Argumentationsgerüst. Er baut seine Analyse entlang klar definierter Kriterien auf und kommt dann zu einer Bewertung.

Der theoretische Bezugsrahmen basiert auf der Extremismustheorie von Uwe Backes und Eckhard Jesse. Danach gelten Parteien und andere politische Akteure als extremistisch, wenn sie den demokratischen Verfassungsstaat und dessen fundamentale Werte ablehnen. Die Unterschiede zwischen rechts- und linksextremistischen Parteien sind vor diesem Hintergrund sekundär. Lang ist sich der definitorischen Schwierigkeiten bewusst und geht ausführlich auf die Kritiker der Extremismustheorie ein.